

Niederschrift

über die 3. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften

am Dienstag, dem **23.01.2007**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung.**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Erlass einer Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007
Vorlage: 005/2007**
- 4. Genehmigung der Niederschrift Nr. 2 vom 09.01.2007**
- 5. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 16:30 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsherr Erich Janßen als Ausschussvorsitzender
Ratsfrau Christel Bohlen
Beigeordneter Frank David
Ratsherr Dieter Günther
Ratsherr Olaf Lies
Ratsherr Andreas Schindler
Ratsherr Engelbert Wulfert

Gäste

Beigeordneter Wilfried Davids bis 17.40 Uhr
Beigeordneter Folkert Feeken
Ratsfrau Sandra Martsfeld
Ratsherr Holger Mehrle

Verwaltung

Bürgermeister Josef Wesselmann
Gemeindeamtsrat Klaus Oltmann
Gemeindeoberamtsrat Jürgen Focke
Verwaltungsfachangestellte Regina We-
ger
Verwaltungsfachangestellte Brigitte Tra- als Schriftführerin
mann

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung.**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Janßen, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wurde auf Antrag der CDF-Fraktion einstimmig um einen nichtöffentlichen Teil der Sitzung ergänzt. Damit wurde die Tagesordnung festgestellt.

2. **Einwohnerfragestunde**

- - -

3. **Erlass einer Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007**
Vorlage: 005/2007

Zunächst stellte der Kämmerer die Änderungswünsche der Verwaltung anhand einer Tischvorlage (**Anlage**) vor.

Im Anschluss daran trugen die Fraktionen und Gruppen ihre Änderungswünsche vor.

Verwaltungshaushalt

Einzelplan 0

Seite 3 - Hhst.: 02000-57000 – Sonstige Sachausgaben

Die Mittel für den Neujahrsempfang sind nach Meinung der Gruppe FDP/Grüne zu hoch angesetzt. Die Frage nach dem Grund wurde gestellt.

Die Verwaltung erläuterte hierzu, dass die Anzahl der Besucher des Neujahrsempfangs in den letzten drei Jahren erheblich gestiegen sind. Die Teilnehmerzahl lag im Jahr 2005 bei ca. 180, im Jahr 2006 bei ca. 200 und in diesem Jahr waren 340 Besucher anwesend. Damit ist der Kostenanstieg begründet.

Um die Kosten einzudämmen, wurde von der Gruppe FDP/Grüne vorgeschlagen, im nächsten Jahr nur noch ein Glas Sekt bzw. Saft zur Begrüßung zu bezahlen. Die Kosten für weitere Getränke sind von den Besuchern zu tragen.

Seite 3 – Hhst.: 02000-62000 – Kommunale Kontakte

Der Gruppe FDP/Grüne ist die Erhöhung des Ansatzes für kommunale Kontakte mit der Partnergemeinde Ueckermünde um 5000 € erheblich zu hoch.

Die Verwaltung erläuterte hierzu, dass in diesem Jahr eine Besuchergruppe aus Ueckermünde zu einem Gegenbesuch für den Besuch von Rat und Verwaltung im letzten Jahr erwartet wird und in diesem Zusammenhang die Partnerschaft vertraglich besiegelt werden soll.

Dieses ist mit Kosten für die Bewirtung, Betreuung und angemessene Durchführung dieser Veranstaltung verbunden. Die genauen Kosten lassen sich vorab nicht ermitteln. Der Ansatz wurde vorsichtshalber in dieser Höhe ausgewiesen.

Der Ausschussvorsitzende schlug vor, dass sich der Fachausschuss mit

diesem Thema befasst.

Es wurde der Antrag gestellt, den Ansatz wieder auf 500 € zu reduzieren.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme 6 Nein-Stimmen

Seite 2 – Hhst.: 02000-41400 - Entgelte

Von einem Ausschussmitglied wurde angefragt, ob die Erhöhung des Ansatzes für die Personalkosten in diesem Unterabschnitt auf einer Tarifierhöhung basiert.

Diese wurde von der Verwaltung damit begründet, dass in diesem Unterabschnitt das Leistungsentgelt in einer Höhe von ca. 20.000 €, das in diesem Jahr zum ersten Mal ausbezahlt ist, „geparkt“ wird. Mit der Auszahlung des Leistungsentgeltes erfolgt die Verbuchung bei dem jeweiligen Unterabschnitt.

Von der Gruppe FDP/Grüne wurde bemerkt, dass in diesem Jahr die Zuwendung nicht mehr wie bisher 82,14 % sondern nur noch 80 bzw. 70 % ausmachen würde und sich deshalb die Personalkosten verringern müssten.

Dazu entgegnete die Verwaltung, dass sich die Personalkosten durch die in die Freistellungsphase entlassenen Altersteilzeitfälle und die dafür eingestellten Nachfolger und die Einstellung zusätzlicher Auszubildender entsprechend erhöhen.

Seite 5 – Hhst.: 02600-57000 - Sachkosten

Von der CDU-Fraktion wurde beantragt, den Ansatz Sachkosten im Bereich der Gleichstellungsbeauftragten wieder auf 1.000 € zu reduzieren. In diesem Zusammenhang wurde um Aufstellung eines Jahreskonzeptes der wahrzunehmenden Tätigkeiten gebeten. Die Anpassung des Ansatzes soll von diesem Tätigkeitsbericht abhängig gemacht werden und ggf. im Nachtragshaushalt erfolgen.

Ein Ausschussmitglied sprach sich gegen diesen Vorschlag der Reduzierung dieses Ansatzes aus.

Nach Angaben der Verwaltung hing die Reduzierung des Ansatzes im vergangenen Jahr mit der Umwandlung dieses Arbeitsplatzes von einem hauptamtlichen in einen ehrenamtlichen zusammen.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme 6 Nein-Stimmen

Seite 6 - Hhst.: 03000-55000 - Fahrzeugunterhaltung

Ein Ausschussmitglied beanstandete die Höhe des Ansatzes der Fahrzeugunterhaltung für das Leasingfahrzeug des Außendienstmitarbeiters. Es stehe in keinem Verhältnis zu den Kosten für die Leasingfahrzeuge der Sozialstation. Um eine entsprechende Begründung wurde gebeten.

Von der Verwaltung wurde dazu erläutert, dass die Höhe der Fahrzeugunterhaltung aus dem Wirtschaftplan der Sozialstation zu entnehmen ist und sich diese aus mehreren Ansätzen zusammensetzt, deren Höhe ca. 12- bis 13.000 € betragen.

Die Höhe des Ansatzes wurde damit begründet, dass es sich um ein qualitativ besseres und somit in den Leasingraten teureres Fahrzeug handelt.

Einzelplan 1

Seite 16 – Einnahmen

Die CDU-Fraktion erkundigte sich nach den Einnahmen der Freiwilligen Feuerwehr Gödens. Diese seien zu gering. Es wurde die Frage gestellt, ob für die Veranstaltungen beim Schloss Gödens keine Kostenerstattung erfolgt.

Dazu wurde von der Verwaltung darauf hingewiesen, dass die Feuerwehr nur noch die Brandwache stellt und diese nicht kostenpflichtig ist. Andere Tätigkeiten werden durch die FFW schon seit geraumer Zeit nicht mehr wahrgenommen.

Einzelplan 2

Seite 21 – Hhst.: 21010-57100- Schwimm- und sonstige Fahrten

Ein Ausschussmitglied äußerte Bedenken in Bezug auf den Ansatz für Schwimm- und sonstige Fahrten der Grundschule Cäciliengroden. Der Ansatz sei zu hoch bemessen, da seit 2006 nur noch sehr wenige Fahrten stattfinden.

Die Verwaltung wird dies bis zur nächsten Verwaltungsausschusssitzung prüfen.

Seite 18 – Hhst.: 21000-53010, Seite 21 – Hhst.: 21010-53010, Seite 24 – Hhst.: 21020-53010 und Seite 31 – Hhst.: 35200-53010 – Miete für Kopiergeräte

Ein Ausschussmitglied erkundigte sich für die CDU-Fraktion nach den Ansätzen der Miete für Kopiergeräte der Grundschulen und der Bücherei. Der Ansatz der Grundschule Sande sei erheblich höher als die anderen Ansätze.

Das Ausschussmitglied von der CDF erkundigte sich, ob für Kopien, die für Schulkinder gefertigt werden, Kopiergeld verlangt wird.

Die Verwaltung erläuterte hierzu, dass die Grundschule Sande über einen leistungsstarken Kopierer verfügt, mit dem entsprechend mehr kopiert wird als es in den anderen Einrichtungen der Fall ist. Es wird oft auf die Anschaffung von Schulbüchern verzichtet; dafür wird der gewünschte Inhalt für die Schüler kopiert. Bei den anderen Schulen werden hingegen nicht in diesem großen Ausmaß Kopien gefertigt. Größere Mengen werden auch mit dem Kopierer im Rathaus gefertigt. Auf das Kassieren von Kopiergeld wird verzichtet. Dies ist von den Schulen in Eigenregie im Rahmen der Budgetierung zu regeln.

Bei dem Kopierer in der Bücherei handelt es sich um einen Münzkopierer, der in der Hauptsache von Lesern der Bücherei genutzt wird.

Einzelplan 3

Seite 28 – Hhst.: 32100-41400 - Entgelte

Ein Ausschussmitglied erkundigte sich, warum die Entgelte für die Beschäftigten im Landrichterhaus nicht in geringerer Höhe im Haushaltsplan veranschlagt sind, obwohl Frau Arnold in diesem Jahr in Rente geht.

Von der Verwaltung wurde angeführt, dass Frau Arnold noch bis einschl. April tätig ist und aus diesem Ansatz auch eine Raumpflegerin und ein Anteil für die Hausmeisterin des Gebäudes der FFW Gödens gezahlt wird.

Seite 32 – Hhst.: 35200-65200 – Post- und Fernsprechgebühren

Ein Ausschussmitglied erkundigte sich, wie sich die Schwankungen in den Jahren 2005 bis 2007 bei den Post- und Fernmeldegebühren in der Bibliothek erklären.

Dazu wurde von der Verwaltung erläutert, dass sich diese durch die Bereitstellung und schwankende Nutzung eines Internetzuganges für und durch die Bibliotheksbesucher und der daraus resultierenden GEZ-Gebühren ergeben.

Seite 32 – Hhst.: 35200-57000 – Bücher und Kassetten

Die CDU-Fraktion erkundigte sich nach der Verwendung des Ansatzes in Höhe von 10.000 € für die Beschaffung von Medien für die Bibliothek. Es wurde um Hergabe einer Aufstellung gebeten, aus der ersichtlich ist, wie die Aufteilung dieses Betrages auf Bücher, CD's, DVD's und Spiele ist. In diesem Zusammenhang wurde hinterfragt ob, und in welchem Umfang altes Material ausgesondert wird und ob die Kapazitätsgrenzen der Bibliothek nicht bald erreicht sind.

Hierzu wurde von der Verwaltung erklärt, dass der Bestand immer aktuali-

siert werden muss, um keine Leser zu verlieren. Veraltete Medieneinheiten werden in regelmäßigen Abständen aussortiert und auf Bücherflohmärkten günstig verkauft.

Seite 32 – Hhst.: 35200-65100 – Fachpublikationen, Fachblätter, Zeitschriften

Die CDU-Fraktion beantragte die Reduzierung des Ansatzes Bücher, Blätter, Zeitschriften von 1.500 € auf 1.300 € mit der Begründung, dass der Bezug von Zeitschriften zu verringern sei, da diese nur sehr wenig von den Lesern der Bibliothek genutzt würden.

Der Antrag wurde mehrheitlich mit dem Hinweis abgelehnt, dass diese Mittelverwendung in der bisherigen Höhe auch weiterhin der Bibliotheksleitung überlassen bleiben sollte.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme 6 Nein-Stimmen

Einzelplan 4

Seite 67 – Hhst.: 43800-71800 – Zuschuss an die Sozialstation

Ein Ausschussmitglied äußerte, dass eine erfreuliche Entwicklung im Zusammenhang mit dem Fehlbedarf der Sozialstation zu verzeichnen ist. Der Ansatz konnte von 40.000 € auf 21.600 € reduziert werden. Als Ziel ist jedoch eine Kostendeckung erstrebenswert.

Die CDU-Fraktion äußerte sich dahingehend, den Fehlbetrag im Erfolgsplan in Höhe von 21.550 € zu streichen.

Dies soll im Verwaltungsausschuss beraten werden.

Die Gruppe FDP/Grüne sprach sich für eine Streichung des Ansatzes „Zuschuss an die Sozialstation“ aus. Ein Ratsmitglied forderte die Streichung des textlichen Hinweises zu UA 43800 der Erläuterung auf Seite 68.

Die Streichung soll erfolgen.

Seite 65 – Seniorentreff

Seitens der SPD-Fraktion wurde beantragt, einen weiteren Unterabschnitt für die Seniorenarbeit in Höhe von 2.000 € einzufügen. In diesem Zusammenhang soll ausschließlich die Seniorenarbeit in der Gemeinde auf feste Beine gestellt werden. Senioren sollen aktiv eingebunden werden. Es sind z. B. Infoveranstaltungen, die Bestellung eines Seniorenbeirats etc. denkbar.

Ein anderes Ausschussmitglied stimmt dem Vorschlag grundsätzlich zu; der Ansatz sollte aber im vorhanden Unterabschnitt berücksichtigt werden. Dem wurde entgegen gehalten, dass bewusst eine Trennung der Ansätze erfolgen soll, um so die Zusätzlichkeit zu dokumentieren.

Dem Antrag wurde zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme
1 Stimmenthaltung**

Seite 72 – Haushaltsstelle 46000-65200 – Post- und Fernsprechgebühren und 65400 – Reise- und Fahrtkostenerstattung

Die Gruppe FDP/Grüne bat um eine Erläuterung, wie sich die Höhe der Ansätze Post- und Fernsprechgebühren und Reise- und Fahrtkostenentschädigung des Jugendzentrums ergibt. Im Jahresrechnungsergebnis von 2005 sind die entsprechenden Summen erheblich niedriger.

Die Verwaltung erläuterte hierzu, dass die Höhe des Ansatzes für die Post- und Fernsprechgebühren aus der Bereitstellung eines Internetzuganges und der damit verbundenen Gebührenpflicht bei der GEZ resultiert. Bei den Reise- und Fahrtkostenerstattungen soll die Möglichkeit eröffnet werden, weitere Fahrten anzubieten und Info- bzw. Fortbildungsveranstaltungen vermehrt zu nutzen. Ob die Mittel letztendlich in voller Höhe benötigt werden, stellt sich im Laufe des Jahres heraus.

Seite 75 – Kindergartengebühren

Die Gruppe FDP/Grüne beantragte die Befreiung von der Kindergartengebühr ab August 2007 – zum neuen Kindergartenjahr. Die Finanzierung wäre durch die Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer gesichert.

Ein Ausschussmitglied setzte sich für die sofortige Beratung dieses Vorschlags ein.

Seitens der SPD-Fraktion wurde zu bedenken gegeben, erst einmal die Entscheidung der Landesregierung abzuwarten. Man sollte nicht den Eindruck erwecken, dass ausreichend Finanzen zur Deckung des Fehlbedarfs vorhanden sind.

Es wurde angeregt, gemeinschaftlich an der Lösung dieser Angelegenheit zu arbeiten.

Der Bürgermeister erklärte, dass der Antrag zur Befreiung der Kindergartengebühr im zuständigen Fachausschuss am 01.02.2007 beraten wird. Eine solide Finanzierung für die durch die vollständige Gebührenfreiheit entstehenden Einnahmeausfälle ist nicht erkennbar.

Die Gruppe FDP/Grüne erklärte, auf den eingebrachten Antrag zu verzichten und sich auf die Befreiung von der Kindergartengebühr im letzten Kindergartenjahr beschränken zu wollen.

Es ist beabsichtigt, den Antrag in geänderter Form mit geeigneter Gegen-

finanzierung erneut zu stellen. Eine Berücksichtigung wäre dann evtl. im Nachtrag möglich.

Einzelplan 5

keine Änderungen

Einzelplan 6

Seite 94 – Hhst.: 61000-62200 - Kosten der Ortsplanung

Die CDU-Fraktion zeigte sich sehr erfreut über die Erhöhung des Ansatzes „Kosten der Ortsplanung“.

Einzelplan 7

Seite 104 – Hhst.: 7300-57000- Sonstige Sachausgaben für Veranstaltungen

Die Gruppe FDP/Grüne sieht die Erhöhung des Ansatzes „Sonstige Sachausgaben für Veranstaltungen“ um 7.200 € auf 12.000 € als zu hoch an.

Dazu erläuterte Bürgermeister Wesselmann, dass die Erhöhung aus der Verschiebung dieser Mittel aus dem Ansatz „Verbrauchsmittel und Sachausgaben Bürgerhaus“ resultiert.

Dazu wurde von der Gruppe FDP/Grüne hinterfragt, warum der Ansatz Bürgerhaus nicht entsprechend gekürzt wurde.

Die Verwaltung erklärte dazu, dass eine erweiterte kulturelle Nutzung des Bürgerhauses wünschenswert wäre. Der Bürgermeister erklärte, dass der Ansatz in dieser Höhe gebraucht würde. Eine genaue Prüfung soll erfolgen. Die entsprechenden Zahlen werden vorgelegt.

Nach weiterer Diskussion wurde von der Gruppe FDP/Grüne der Antrag auf Reduzierung des Ansatzes auf 10.000 € gestellt.

Dem Antrag wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Seite 109 – Bürgerhaus

Die CDU wünschte eine Erläuterung, welche Beschäftigten von den Entgelten bezahlt werden.

Die Verwaltung erklärte, dass anteilige Personalkosten für den Hausmeister und die vollen Kosten für die Kraft aus dem Bereich Kultur aus dem Ansatz gezahlt werden.

Im übrigen wurde von der CDU der Höhe des Zuschussbedarfs von 170.400 € bemängelt und es wurde hinterfragt, wie sich die Verbrauchskosten zusammensetzen.

Zu den Verbrauchskosten teilte die Verwaltung mit, dass sich diese aus dem Vertragsinhalt des Pachtvertrages ergeben. Exakte Ausgaben werden von der Verwaltung ermittelt und nachgereicht.

Außerdem wurde von der Verwaltung dargelegt, dass es sich hier um keine kostenrechnende Einrichtung handelt. Kulturelle Einrichtungen sind kostspielig und stehen überall zur Verfügung. Ohne entsprechende Mittelbereitstellung müsse man auf Kulturarbeit verzichten.

Seite 113 – Bauhof

Die CDU wünschte eine Erläuterung des Zuschussbedarfs in Höhe von 64.900 €.

Die Verwaltung führte aus, dass zur Zeit noch keine durchgehende Kosten- und Leistungsrechnung erfolgt. Innerhalb der Verwaltung werden Leistungen des Bauhofes innerhalb der Unterabschnitte verrechnet. Vereine etc. werden bis heute zu einer Kostenerstattung nicht herangezogen. Werden vereinzelt Rechnungen gestellt bleiben die Sachkosten unberücksichtigt. Eine völlige Beseitigung des Zuschussbedarfs erfordert eine Rechnungsstellung für alles.

Die Verwaltung schlug die Ausarbeitung eines Auftrages zur Kostendeckung des Bauhofes für die Verwaltung vor.

Einzelplan 8

keine Änderungen

Einzelplan 9

Seite 124 – Hhst.: 90000-83200 - Kreisumlage

Die CDF macht die SPD/FDP-Koalition des Landkreises für die Höhe der Kreisumlage verantwortlich, wobei sich Landkreis auf Kosten der Gemeinden konsolidiert.

Ein Ausschussmitglied der SPD legte dar, dass bei einer Kreisumlage von 54 v. H. die Gemeinde mit 70.000 € mehrbelastet wird. Dagegen stehen Mehreinnahmen aus der Schlüsselzuweisung und der Gewerbesteuer in Höhe von 2.200.000 €. Die Bürger profitieren in vielfacher Weise vom Landkreis. Zu nennen ist z. B. der Flugplatz Mariensiel, der Ausbau der Radwanderwege etc..

Das Ausschussmitglied der Gruppe FDP/Grüne erkundigte sich, wie die Gemeinde auf den Satz 50 v.H. gekommen ist.

Darauf antwortete Bürgermeister Wesselmann, dass der Landkreis bei einem Gespräch aus dem Vorjahr zwischen den Hauptverwaltungsbeamten und dem Landrat eine bestimmte Summe von den kreisangehörigen Gemeinden beansprucht. Bei Zugrundelegung dieser Summe hätte sich ein Satz von 49 v. H. ergeben.

Ein Ausschussmitglied verwies auf Mehreinnahmen des Kreises in Höhe von 8 Mio. bei einer Kreisumlage von 54 v.H..

Das Ratsmitglied der CDU äußerte sich dahingehend, dass der Landkreis die Hälfte dieser 8 Mio. zur Entschuldung verwendet, während sich die Gemeinden immer weiter verschulden müssten.

Dem wurde entgegen gehalten, dass von der Kreisumlage keine Kredite getilgt werden. Die Kassenkredite steigen stetig an. Man sollte sich auf ein Gemeinverständnis besinnen. Jeder Bürger der Gemeinde ist auch ein Bürger des Landkreises.

Das Ausschussmitglied der Gruppe FDP/Grüne fragte nach der Berechnungsgrundlage zur Ermittlung der Kreisumlage.

Darauf erläuterte die Verwaltung, dass sich die Basis aus der Steuerkraftmesszahl und 90 % der Schlüsselzuweisung ergibt. Die Steuerkraftmesszahl berechnet sich aus den Einnahmen der Grundsteuer A, B , dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und der Gewerbesteuer.

Abschließend wurde über den Verwaltungshaushalt abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen 1 Stimmenthaltung

Vermögenshaushalt

Einzelplan 0

Seite 129 – Hhst.: 02000-93550 – Ankauf von Kunstgegenständen

Die CDF beantragte die Reduzierung des Ankaufs von Kunstgegenständen auf einen 2jährigen Rhythmus.

Das Ratsmitglied der Gruppe FDP/Grüne erklärte seine Zustimmung.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen 5 Nein-Stimmen

Einzelplan 1

Seite 131 – Hhst.: 13200-93500 – Neuanschaffung von Maschinen und Inventar

Die CDF wies darauf hin, die Neuanschaffung des Gestühls für die Freiwillige Feuerwehr Neustadtgödens auszuschreiben; eine Einsparung wäre evtl. möglich.

Einzelplan 2

Seite 133 – Hhst.: 21000-94020 – Sanierung Dachfläche Vereinsheim

Von der CDF wurde angeregt, das Vereinsheim an den TuS Sande zu verkaufen, um zukünftig die Erhaltungskosten zu sparen. Das Gebäude wird nicht von Schülern genutzt.

Darauf erwiderte ein Ausschussmitglied der SPD, dass das Vereinsheim ein Teil des Schulgebäudes ist und man das Eigentum nicht zerpfücken sollte.

Die Verwaltung wies darauf hin, dass baurechtliche Voraussetzungen erfüllt sein müssen. Zudem müsste bei einer solchen Diskussion auch die Veräußerung anderer ähnlicher Objekte mit in Betracht gezogen werden.

Seite 133- Hhst.: 21000-94050; 95010 – Doppelgarage Grundschule Sande

Die Gruppe FDP/Grüne erkundigte sich nach dem Bedarf einer Doppelgarage bei der Grundschule Sande. Weiter wurde geäußert, ob eine Sanierung des Spielplatzes der Grundschule nötig wäre, wo doch im Jahr 2005 der Schulhof saniert worden ist.

Die Verwaltung bestätigte, dass die Gargage vom Hausmeister genutzt wird. Die Spielplatzsanierung sei notwendig, da sie nicht mit der Schulhofsanierung erfolgt ist und die Spielgeräte abgängig sind.

Seite 135-Hhst.: 21020-94030 – Wärmedämmungsmaßnahmen Grundschule Neustadtgödens

Ein Ausschussmitglied der SPD schlug vor, sich wegen der Wärmedämmungsmaßnahmen mit dem Landkreis in Verbindung zu setzen, um auf dessen Erfahrungswerte zurückgreifen zu können.

Der Bürgermeister teilte mit, dass noch keine weiteren Informationen vorliegen. Eine Sander Architektin soll beauftragt werden, die Schule - auf der Grundlage der Gutachtenerstellung für ein Einfamilienhaus - zu untersuchen.

Einzelplan 3

keine Änderungen

Einzelplan 4

Die SPD erkundigte sich, ob bei dem Ansatz „Sanierung Spielplätze“ der Zaun für den Spielplatz an der Lehmbalje enthalten sei. Hierfür stehen noch Restmittel aus 2006 zur Verfügung.

Einzelplan 5

keine Änderungen

Einzelplan 6

Seite 147 - Hhst.: 63000-95130 – Ausbau von Straßen in Neufeld II; 95610 – Ausbau von Straßen in Neufeld I

Die CDU-Fraktion befürchtet in Folge der hohen Kreisumlage die Streichung des Ausbaus der Kantstraße und der Danziger Straße. Der Ausbau könne nur erfolgen, wenn genügend Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen.

Die SPD-Fraktion beantragte, den Ansatz „Ausbau der Straßen in Neufeld II“ unter Berücksichtigung des Ausbaus der Einbahnstraßenregelung auf 180.000 € zu reduzieren. Das bedeutet eine Reduzierung des Vermögenshaushaltes um 28.000 €. Eine Erneuerung beider Straßen sollte möglich sein.

Dem Antrag wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen 3 Stimmenthaltungen

Die CDF-Fraktion beantragte, nur eine Straße im Jahr zu erneuern und mit dem eingesparten Geld den Ansatz „Erwerb von Grundvermögen“ zu erhöhen.

Der Antrag wurde abgelehnt

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimmen 6 Nein-Stimmen

Die Gruppe FDP/Grüne beantragte, zunächst die Kantstraße zu sanieren und die Mittel für die Danziger Straße aus diesem Haushalt zu streichen und im Nachtrag erneut hierüber zu beraten. Mit der Sanierung der Danziger Straße sollte man in der 2. Jahreshälfte beginnen.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme 4 Nein-Stimmen 2 Stimmenthaltungen

Der Bürgermeister machte deutlich, dass beim Grunderwerb evtl. kurzfristig zu reagieren ist. Die Danziger Straße in den Nachtragshaushalt zu verschieben und mit dem Straßenbau zum Jahresende zu beginnen, ist nicht der richtige Weg. Eine Situation, wie sie bei der Walther-Rathenau-Straße entstanden ist, sollte vermieden werden.

Das Ratsmitglied der CDU wies darauf hin, dass es nicht zu einem Baustop wie bei der Brückstraße kommen dürfe.

Ein weiteres Ausschussmitglied der SPD teilte mit, dass die Fußwege im Lönsweg und Am Bulsterdeich sanierungsbedürftig sind. Der Bürgermeister gab an, dass entsprechende Mittel im Ansatz „Straßenunterhaltung“ zur Verfügung stehen.

Vom Ratmitglied der Gruppe FDP/Grüne wurde nachgefragt, ob die Schlussrechnung für die Walther-Rathenau-Straße bereits vorliegt.

Lt. Verwaltung liegt die Rechnung seit kurzem vor und wird im Fachausschuss erläutert.

Seite 147- Hhst.: 6300-95720 – Hinweistafel im Ortsbild

Die Gruppe FDP/Grüne beantragte, den Ansatz „Hinweistafel im Ortsbild“ ersatzlos zu streichen.

Der Antrag wurde abgelehnt

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimmen 6 Nein-Stimmen

Seite 149 – Hhst.: 67000-95010

Das Ausschussmitglied der Gruppe FDP/Grüne stellte den Antrag, die Sanierung der Pilzleuchten auf 6 Jahre zu verteilen. Eine Ausgabenminderung um 23.000 € in den ersten Jahren wäre damit verbunden.

Darauf entgegneten der Ausschussvorsitzende sowie die Verwaltung, dass diese Maßnahme in Zusammenarbeit mit der Stadt Schortens erfolgt und sich daher eine Verschiebung auf die Folgejahre eher kostensteigernd auswirken würde.

Daraufhin zog das Ausschussmitglied seinen Antrag zurück.

Seite 150 – Hhst.: 69000-95000

Das Ausschussmitglied der CDU begrüßte die vorgeschlagene Reduzie-

zung des Ansatzes „Verbesserung der Ortsentwässerung“ auf 30.000 €.

Die Verwaltung erklärte hierzu, dass es sich hier um den Entwässerungsgraben im Bereich des früheren Aldi-Marktes in Richtung Schlackenweg handelt, dessen Sanierung in Höhe des im Haushalt eingestellten Betrages erforderlich ist.

Zum Thema Ortsentwässerung bemerkte ein Ratsmitglied der Gruppe FDP/Grüne, dass die Einwohner Cäciliengrodens darüber hinaus 2 mal jährlich die Entwässerungsgebühr entrichten müssen. Dies sei eine Ungerechtigkeit.

Die Aufreinigung der Gräben erfolge in Cäciliengroden durch Firmen, in Sande hingegen sind die Bürger selbst zur Reinigung ihrer Gräben verpflichtet, damit ist eine Ungleichbehandlung nicht gegeben, wurde seitens der Verwaltung ausgeführt.

Seite 153 – Hhst.: 77100-93510 und 93512

Vom Ausschussmitglied der CDU wurde angeregt, vor dem Ankauf eines neuen Fahrzeuges und eines neuen Aufsitzmähers, erst einmal ein Leasingangebot einzuholen.

Die Verwaltung erklärte hierzu, dass regelmäßig vorab entsprechende Wirtschaftlichkeitsprüfungen durchgeführt werden.

Seite 155 – Hhst.: 88000-93200

Die SPD-Fraktion beantragte die Reduzierung des Ansatzes „Grunderwerb“ um 100.000 €. Der so eingesparte Betrag soll entweder im Nachtrag oder im Haushalt des Jahres 2008 eingestellt werden. Dieses diene der sofortigen Entlastung des Vermögenshaushaltes. Hierzu wurde nachgefragt, ob Haushaltsreste aus dem Vorjahr zur Verfügung stehen.

Dieses wurde von der Verwaltung bejaht; es steht ein Haushaltsrest in Höhe von rd. 100.000 € zur Verfügung.

Die Gruppe FDP/Grüne schlug eine Bindung der Ausgaben für feste Objekte vor.

Hierzu erklärte die Verwaltung, dass eine genaue Angabe, welche Grundstücke gekauft werden sollen, nicht möglich ist, da sich dieses erst bei Bedarf ergibt und die vorherige Bekanntgabe die Preise für die zu erwerbenden Grundstücke ansteigen lassen. Außerdem sei für den Erwerb von Grundstücken der VA zuständig und werde dort abschließend entschieden.

Dem Antrag wurde zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme 1 Stimm-
enthaltung**

Dem Vermögenshaushalt wurde wie folgt zugestimmt:

**Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen 1
Stimmenhaltung**

Investitionsprogramm

Einzelplan 0

keine Änderungen

Seite 191 – Ankauf Kunstgegenstände

Die CDF-Fraktion beantragte die Streichung der Ansätze in den Jahren 2007 und 2009.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen 5 Nein-Stimmen

Einzelplan 1

keine Änderungen

Einzelplan 2

Seite 194 – Sanierung Lehrschwimmbecken Grundschule Sande

Die CDU-Fraktion beantragte die Streichung der Summen zur Sanierung des Lehrschwimmbeckens in den Jahren 2008 und 2009; es sollte zunächst das Ergebnis des Gutachtens abgewartet werden.

Nach Aussage eines Ausschussmitgliedes der SPD liegt das Gutachten im März vor, dann ist eine Entscheidung zu treffen. Die Summen sollen als Merkposten im Investitionsprogramm verbleiben.

Die Gruppe FDP/Grüne beantragte die Streichung der Summen und die Veranschlagung der Abrisskosten im Haushalt 2008 in Höhe von 30.000 €.

Der Antrag der CDU-Fraktion wurde wie folgt abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen 5 Nein-Stimmen

Die Gruppe FDP/Grüne zog daraufhin ihren Antrag zurück.

Seite 194 + 195 – Sanierung der sanitären Anlagen in den Schulen

Die SPD-Fraktion beantragte, für die Sanierung der stark sanierungsbedürftigen sanitären Anlagen in den Schulen, die Mittel wie folgt im Investitionsprogramm zu veranschlagen:

Grundschule Neustadtgödens	20.000 € in 2008
Grundschule Sande	26.500 € in 2009
Grundschule Cäciliengroden	20.000 € in 2010

Daraufhin entgegnete das Ausschussmitglied der Gruppe FDP/Grüne, dass die sanitären Anlagen in der Grundschule Cäciliengroden bereits im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen im Schulgebäude saniert wurden. Somit kann auf die Einstellung in 2010 verzichtet werden.

Dem Antrag auf Veranschlagung der Mittel für die Sanierung der Sanitäranlagen der Grundschule Sande in 2008 und der Grundschule Neustadtgödens in 2009 wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Einzelplan 3, 4, 5

keine Änderungen

Einzelplan 6

Seite 200 und 201 – Gemeindestraßen- und wege

Die SPD-Fraktion stellte den Antrag, im Jahr 2009 für den Ausbau von Straßen in Neufeld I 200.000 € und im Jahr 2010 für den Ausbau der Edo-Wiemken-Straße 100.000 € zu veranschlagen.

Dem Antrag wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen 2 Enthaltungen

Der Bürgermeister beantragte die Veranschlagung von 200.000 € im Jahr 2008 und jeweils 500.000 € in den Jahren 2009 und 2010 für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bahnumgehung Sande im Investitionsprogramm.

Dem Antrag wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Einzelplan 8

Seite 206 – Sanierung ehem. Hofstelle Alt-Marienhausen

Die Gruppe FDP/Grüne beantragte die Redzierung der veranschlagten Summe von 350.000 € auf 100.000 €

Hierzu wurde auf die Verpflichtungen aus dem Denkmalschutz und den schlechten Zustand des Gebäudes hingewiesen.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen 5 Nein-Stimmen

Dem Investitionsprogramm wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Stellenplan

Dem Stellenplan wurde zugestimmt; bei dieser Abstimmung waren zwei Ausschussmitglieder nicht anwesend.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme 1 Stimmenthaltung

Ende des öffentlichen Teil um 19.15 Uhr

Nichtöffentlicher Teil:

Stellenplan

Das Ausschussmitglied der CDF monierte den zeitlichen Ablauf der Beförderung einer Beamtin.

Der Bürgermeister erklärte hierzu, dass man gute Arbeit auch entsprechend besolden sollte. Die Stelle sei nach der Dienstpostenverordnung sogar nach A 11 bewertet.

Ein Ausschussmitglied gab zu bedenken, dass man gute Leute halten sollte, indem auch Anreize geschaffen werden.

Bürgerhaus

Das Ratsmitglied der Gruppe FDP/Grüne erklärte, dass sich seit der Übernahme des Bürgerhauses durch den Pächter Herrn Albert die Entgelte stark erhöht haben. Es stellt sich die Frage, wer von diesen Veranstaltungen profitiert. Der Pächter sollte die Vermarktung des Bürgerhauses übernehmen. Die Verwaltung soll sich ganz aus der Vermarktung des Bürgerhauses zurückziehen. Eine Kürzung der Personalkosten ist damit verbunden, weil die Fachkraft für Kultur nicht mehr im Ansatz Bürgerhaus zu veranschlagen ist. In diesem Zusammenhang wurde die Frage gestellt, wie hoch der prozentuale Anteil der Entgelte je Person ist.

Verschiedene Ausschussmitglieder teilten mit, dass Vereine, die Feuerwehr u. a. ihre Veranstaltungen und Treffen in andere Gastronomiebetriebe verlegen, weil sie mit der Bewirtung im Bürgerhaus nicht mehr zufrieden sind.

Von der Verwaltung wurde mitgeteilt, dass sich der prozentuale Anteil des Personals aus dem Stellenplan ergibt. Aufgrund der diversen Unzufriedenheiten wurden mit Herrn Albert bereits Gespräche geführt. Einiges hat sich dabei schon relativiert. Es wird weiter an einer für alle Seiten zufriedenstellenden Lösung gearbeitet.

4. Genehmigung der Niederschrift Nr. 2 vom 09.01.2007

Beschluss:

Die Fassung der Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

- - -

Schluss der Sitzung: 19:25 Uhr

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Schriftführerin